

# Berlin aktuell

Die Woche im Bundestag

## 17. Wahlperiode

**Abgeordneten-Büro Berlin:**

Platz der Republik 1 • 11011 Berlin  
Tel.: 030/227/72542 • Fax: 030/227/70132  
E-Mail: [thomas.strobl@bundestag.de](mailto:thomas.strobl@bundestag.de)  
Internet: [www.thomas-strobl.de](http://www.thomas-strobl.de)

**Abgeordneten-Büro Heilbronn:**

Badstraße 14 • 74072 Heilbronn  
Tel.: 07131/9824215 • Fax: 07131/ 9824216  
E-Mail: [thomas.strobl@wk.bundestag.de](mailto:thomas.strobl@wk.bundestag.de)  
Internet: [www.thomas-strobl.de](http://www.thomas-strobl.de)

Thema der Woche Thema der Woche Thema der Woche Thema der Woche Thema der Woche

### „Der Weg zur Energie der Zukunft“ Beginn der parlamentarischen Beratungen zum geordneten Ausstieg aus der Atomkraft

Hauptthema der Woche war die Energiewende. Durch die Verabschiedung des Gesetzentwurfs zum Atomausstieg an diesem Montag und die Vorlage eines dazugehörigen Gesetzespaketes durch die christlich-liberale Koalition läutete der Deutsche Bundestag das endgültige Aus für die Atomkraft ab 2022 in Deutschland ein.



Noch vor Beginn der Sommerpause sollen die Reform des Atomgesetzes sowie mehrerer Begleitgesetze wie etwa des Erneuerbare-Energie-Gesetzes (EEG), des Netzausbaubeschleunigungsgesetzes oder der Energieeinsparverordnung durch Bundestag und Bundesrat beschlossen werden.

Im Anschluss an die Regierungserklärung von Bundeskanzlerin Angela Merkel zur Energiepolitik mit dem Titel "Der Weg zur Energie der Zukunft" hat an diesem Donnerstag die erste Lesung der von CDU/CSU und FDP insgesamt sieben eingebrachten Vorlagen begonnen.

Ausgangspunkt der jetzigen Überlegungen ist die Katastrophe von Fukushima vom März dieses Jahres. Die Union hat in deren Folge einen intensiven gesellschaftlichen, technischen und politischen Dialog geführt und im Ergebnis beschlossen, bis Ende 2022 in Deutschland vollständig auf Kernenergie zu verzichten.

Dieser Ausstieg erfolgt in Form eines geordneten Abschaltplans, bei dem jedem Kraftwerk gesetzlich ein Datum zugeordnet wird, an dem es spätestens vom Netz gehen muss.

Das nun in den Bundestag eingebrachte Maßnahmenpaket wird mehr Klarheit und bessere Planbarkeit in den Atomausstieg bringen. **Im Gegensatz zum rot-grünen Ausstiegsbeschluss, der lediglich Reststrommengen definierte, und damit letztlich den Betreibern die Entscheidung überließ, wann das letzte Kernkraftwerk vom Netz**

**gegangen wäre, wird nun ein festes Ausstiegsdatum genannt und auch gesetzlich geregelt.**

Entsprechend sicherer werden zukünftig die Investitionsbedingungen für die erneuerbaren Energien, weil man nun weiß, bis wann welche Kernkraftstrommengen tatsächlich durch regenerative Quellen ersetzt werden müssen.

Nicht mehr anlaufen sollen die sieben ältesten Kernkraftwerke, die nach der Katastrophe von Fukushima im Zuge eines Moratoriums vorläufig abgeschaltet worden waren, sowie die ohnehin vom Netz genommene Nuklearanlage Krümmel. Einer dieser Atommeiler soll jedoch bis 2013 als "Kaltreserve" vorgehalten werden, um im Winter im Fall von Stromengpässen Lücken zu schließen.

Nach Verhandlungen mit den 16 Ministerpräsidenten in der vergangenen Woche sagte die Bundeskanzlerin eine Prüfung der Frage zu, ob diese Reserve eventuell auch über Kohle oder Gas gesichert werden kann. Zudem einigten sich Angela Merkel und die Länderchefs darauf, dass die restlichen neun Atommeiler von 2015 an stufenweise in Zweijahres-Schritten stillgelegt werden. Die drei neuesten Anlagen sollen dann 2022 ihre Produktion beenden.

Die durch den Ausstieg wegfallenden Strommengen sollen durch erneuerbare Kapazitäten sowie fossile Anlagen, besonders Gaskraftwerke, kompensiert werden. Planung und Errichtung neuer Anlagen sowie der Ausbau der Netze, die den auf See und an Land im windreichen Norden erzeugten Ökostrom in den Süden transportieren sollen, werden beschleunigt. Außerdem hält die Bundesregierung an ihrem Ziel fest, bis 2020 die Versorgung zu 35 Prozent auf regenerative Quellen zu stützen.

Windstrom an Land soll bei der EEG-Förderung nicht schlechter als Offshore-Elektrizität gestellt werden. Zur nun einzuleitenden Energiewende gehören unter anderem die verstärkte Förderung der Gebäudesanierung und der Elektromobilität. Die Koalitionsfraktionen haben im Entscheidungsprozess der letzten beiden Monate mit der Bundesregierung eng und zielgerichtet zusammengearbeitet. Im jetzt eingeleiteten Gesetzgebungsverfahren wird die Union darauf achten, dass die Energieversor-

gung in Deutschland sicherer und sauberer wird und für den Endverbraucher und die Industrie bezahlbar bleibt. Das ist auch das große Ziel der von Thomas Strobl geführten CDU-Landesgruppe Baden-Württemberg.



#### **WEITERE THEMEN IM PLENUM:**

- **Verlängerung von Bundeswehrmandaten**
- **Bessere Vereinbarkeit von Pflege und Beruf**

Nähere Informationen zu diesen Themen erhalten Sie auf Wunsch gerne zugesandt. Kontakt unter 030 / 227 72542.

#### **BESUCH AUS DEM WAHLKREIS:**

48 Mitglieder des Neckarsulmer Jahrgangs 1939/40 weilten diese Woche in Berlin. Auf Wunsch des Jahrgangsvorstands hatte das Büro Thomas Strobls bei der Gestaltung des politischen Programms mitgeholfen. Dazu zählte unter anderem ein ca. 75-minütiges Gespräch der gut aufgelegten Jahrgänger mit dem ebenfalls aus Neckarsulm stammenden Büroleiter Thomas Strobls.

Volker Schütterle überbrachte zunächst Grüße seines Chefs, der infolge der zusätzlichen Sitzungen der Unionsfraktion wegen der Energiewende nicht persönlich vorbeischauchen konnte.

Im politischen Teil ging es dann schwerpunktmäßig um eben diese Energiewende. Hier zeigten sich kontroverse Positionen innerhalb des Jahrgangs (der hier sicher repräsentativ für die Gesamtbevöl-

kerung ist und das Problem aufzeigt, wie schwer es ist, in der Politik allen Einzelinteressen gerecht zu werden). So äußerten einige Jahrgangsmitglieder Bedenken gegen den flächendeckenden Einsatz von Windrädern („Verspargelung der Landschaft“) und sahen sich daraufhin von anderen Teilnehmern ihrer Gruppe mit dem Hinweis konfrontiert, dass der Ausbau von Windrädern schlichte Notwendigkeit sei, um Alternativen zu den Kernkraftwerken zu schaffen, deren Laufzeit bis 2022 begrenzt wurde. Auch die Euro-Thematik wurde heiß diskutiert und kritisch hinterfragt, in welchem Umfang die Griechenlandhilfe die Finanzkraft Deutschlands strapaziere. Weitere behandelte Themen waren die Zukunft der FDP und ob die Jugend des neuen Wirtschaftsministers Rösler mehr Chance oder Handicap für die Regierungskoalition sei.



Großes Interesse zeigten die Jahrgänger abschließend auch an der Frage, wie es mit der CDU in Baden-Württemberg weitergehe. Jahrgangsvorstand Zapf drückte dabei in einem feierlichen Kommentar seine Hoffnung aus, dass Thomas Strobl neuer Landesvorsitzender werden möge. Dies sei nicht nur gut für die CDU, sondern vor allem auch eine große Ehre für das Unterland, wenn der neue Chef des Landesverbandes der Volkspartei CDU aus der eigenen Region komme.

#### **PRESSEMITTEILUNGEN:**



#### **Thomas Strobl:**

**Zur aktuellen Mitgliederversammlung des Landesbauernverbandes, den Auswirkungen der EHEC-Krise für die Landwirte in Baden-Württemberg und einem Besuch von Landwirtschaftsminister Alexander Bonde auf der Reichenau erklärt CDU-Generalsekretär Thomas Strobl (09.06.2011):**

„Die Verunsicherung der Verbraucher in Folge der EHEC-Warnungen sind für baden-württembergische Landwirte eine wirtschaftliche Katastrophe. Viele der baden-württembergischen Gemüsebauern bangen um ihre Existenz und der zuständige Minister hat außer einigen warmen Worten bislang nichts für sie übrig:

Das ist zu wenig, ein Verweis auf die Unterstützung mit EU-Geld reicht nicht aus. Die grün-rote Landesregierung muss diese Landwirte kurzfristig und unbürokratisch unterstützen!

Allerdings scheinen die baden-württembergischen Landwirte in dieser Krisensituation in Landwirtschaftsminister Bonde alles andere als einen Verbündeten zu haben: Schließlich verweigert er ja sogar die ideelle Unterstützung und will nicht vor Kameras in eine Reichenauer Gurke beißen!“

v.i.S.d.P.:

Dr. Volker M. Schütterle  
Büroleiter und wissenschaftlicher Mitarbeiter

Abgeordnetenbüro Thomas Strobl MdB

- Vorsitzender des Ersten Ausschusses
- Vorsitzender der CDU-Landesgruppe Baden-Württemberg
- Vorsitzender des Vermittlungsausschusses
- Generalsekretär der CDU Baden-Württemberg

Deutscher Bundestag  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin

Tel. 030 / 227-72542  
Fax 030 / 227-70132